FREIE WÄHLER
Ginsheim-Gustavsburg

Pressemitteilung zur Stadtverordnetenversammlung am 18.09.2025

Am 18. September tagte die Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt. Dabei wurden erneut wichtige Themen beraten. Mit Sorge mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die städtischen Einnahmen in diesem Jahr sehr negativ entwickeln. Zum Jahresende ist mit einem Defizit von fast 6 Millionen Euro zu rechnen.

Einen erheblichen Anteil daran haben die Kreis- und Schulumlagen, die Mehrbelastungen von über 2 Millionen Euro verursachen. Besonders kritisch sehen wir die weiterhin von der Koalition aus SPD, Grünen und Linken, auf Kreisebene verfolgte kostenintensive Passivhausbauweise beim Schulbau – die finanziellen Lasten dafür tragen die Kommunen vor Ort.

Gemeinsam mit der CDU haben wir daher einen Antrag zur zeitnahen Aufstellung eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2026 eingebracht, der in der Versammlung eine Mehrheit fand. Bürgermeister und Magistrat sind nun beauftragt, einen entsprechenden Nachtragshaushalt vorzulegen, sobald die notwendigen Informationen vorliegen. Ziel ist es, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt dauerhaft zu sichern.

Ebenfalls erfolgreich war ein Antrag der Freien Wähler, der von unserem Mitglied Jochen Capalo initiiert wurde. Die Verwaltung wird damit aufgefordert, den Grundschulen der Stadt das Bürgerhaus in Ginsheim künftig bis zu viermal jährlich kostenlos für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Derzeit müssen Schulen für die Nutzung zahlen – ein Zustand, den wir ablehnen, zumal Vereine die kreiseigenen Sporthallen kostenfrei nutzen dürfen.

Kritisch sehen wir den vorgelegten Quartalsbericht zu den Kosten des kommunalen Kinos. Zwar war ein umfassender Bericht zu den Einnahmen und Ausgaben im Kulturbereich angekündigt, tatsächlich enthielt er jedoch lediglich Zahlen zu Einnahmen, Filmmieten und Kulturveranstaltungen in den Burg-Lichtspielen. Angaben zu Personal-, Bewirtungs-, Werbe- und sonstigen Kosten fehlten vollständig und wurden erst auf Nachfrage nachgereicht.

Die Kontrolle der Verwaltung – insbesondere der Finanzen – gehört zu den Kernaufgaben der Stadtverordnetenversammlung.